

An die Mitglieder des Vereins der Plakatsfreunde E. V.

Der Verein hat in den letzten sechs Monaten schwere innere Kämpfe durchgemacht. Genauer war darüber bisher nur einem kleinen Teil der Mitglieder bekannt, es scheint deshalb an der Zeit, nunmehr eine zusammenfassende Darstellung zu geben, die natürlich als eine innere Vereinsangelegenheit nur den Mitgliedern zugeht und vertraulich zu behandeln ist.

Am 11. und 12. Dezember vorigen Jahres hatte eine Vorstands- und Ausschuss-Sitzung einen Zuschlag von 10 Mark zum Beitrag für Ortsgruppenmitglieder beschlossen und den Vorstand mit der alsbaldigen Gründung einer Ortsgruppe Berlin beauftragt. Einige Wochen später war der Vorstand durch eine Zuschrift der Ortsgruppe Hannover überrascht worden, die gegen die Neuregelung Einspruch erhob und sich für den Fall der Genehmigung des Ortsgruppenzuschlages für aufgelöst erklärte. Im Anschluß daran hatte sich ein „Untersuchungsausschuß“ vorgestellt, den die Ortsgruppe Hannover eingesetzt hatte und der zahlreiche, den Gesamtverein betreffende Fragen stellte, — Fragen, deren Stellung allein schon teilweise eine schwere Verdächtigung gegen die persönliche Ehrenhaftigkeit der drei Vorstandsmitglieder bedeutete.

Am 4. Januar 1921 legte der Vorstand nach Verständigung der erreichbaren Berliner Ausschussmitglieder diese Briefe der satzungsmäßigen Hauptversammlung des Vereins vor. Gleichzeitig jedoch wurden von einem Berliner Teilnehmer der Versammlung ganz gleich gerichtete Fragen gestellt, die ebenfalls als persönliche Verdächtigungen aufgefaßt werden mußten, wenn der Redner auch betonte, nur dem „Geraune“ ein Ende machen zu wollen, das gleichzeitig an vielen Stellen zu hören sei. Im wesentlichen handelte es sich dabei um den — nur unvollkommen verschleierten — Argwohn, daß die drei Vorstandsmitglieder an den Überschüssen des Vereins geldlich beteiligt seien und daß besonders der geringe Gewinn aus dem Anzeigenteil in Verbindung stehe mit der früheren Mitarbeit Bleisteins, der jetzigen Meyers beim „Werbedienst“, dem Pächter des Anzeigenteils. Ihre unverblümteste Form fanden diese Verdächtigungen in der Anfrage: Wem gehört die Zeitschrift „Das Plakat“?

Der Vorstand beantwortete zwar alle Fragen sofort, glaubte sich aber damit nicht begnügen zu dürfen, sondern beantragte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen sich. Die Versammlung folgte diesem Antrage und machte damit die Sache der Ortsgruppe Hannover zu der des Gesamtvereins, wobei sie die Frage offen ließ, ob eine Ortsgruppe so weitgehende Erklärungen vom Hauptvorstande überhaupt fordern könne, weiterhin die Frage, ob es eine Ortsgruppe Hannover in diesem Augenblick noch gebe, da nämlich inzwischen die Hauptversammlung den Ortsgruppenzuschlag beschlossen hatte, den Hannover ja zum Anlaß seiner Auflösung hatte nehmen wollen. Der Abend endete übrigens trotz dieser Vorgänge mit der einstimmigen Wiederwahl des Vorstandes und des Ausschusses.

Das war am 4. Januar. Drei Tage später wurde der Verein der Schauplatz neuer Kämpfe. Der

Vorstand hatte in Erfüllung seines Auftrags, eine Ortsgruppe Berlin zu gründen, gegen Ende des abgelaufenen Jahres eine kleine Zahl von Berliner Mitgliedern, deren besonderes Interesse für den Verein ihm bekannt war, zu einer Vorbesprechung zusammengerufen, hatte die Ortsgruppe Berlin für gegründet erklärt und einem vorbereitenden Ausschusse die weiteren Schritte übertragen. Dieser Weg hatte sich bei der Gründung anderer Ortsgruppen stets als erfolgreicher erwiesen als die sofortige Einberufung sämtlicher Mitglieder, fand aber in Berlin wenig Beifall bei der Gesamtheit, als diese nun am 7. Januar 1921 zur endgültigen Aufstellung der Ortsgruppe zusammenberufen wurde. In der sehr bewegten Aussprache erhob sich insbesondere von Seiten der anwesenden Künstler lebhafter Einspruch gegen diese Art der Vorbereitung, und die Wahlen für den Ortsgruppenvorstand ergaben teilweise erhebliche Abweichungen gegen die Vorschläge des Vorstandes und des vorbereitenden Ausschusses. Übrigens waren diese Fragen schon drei Tage vorher auf der Hauptversammlung des Vereins Gegenstand ausgedehnter Aussprache gewesen, und es hatte straffster Handhabung der Geschäftsordnung bedurft, um die Verhandlung von dieser, nur die Berliner Mitglieder angehenden Frage zurückzuführen auf die Gegenstände der Tagesordnung, die für den Gesamtverein von Bedeutung waren.

Die beiden hier — in gedrängter Kürze — geschilderten Vorgänge waren natürlich für den Gesamtverein von sehr verschiedener Bedeutung. Auch der zweite hob sich über eine rein örtliche Angelegenheit hinaus, und zwar deshalb, weil hier mehr noch als bisher ein geschlossener Widerstand der Künstler zutage getreten war. Diese hatten sich durch besonders zahlreiches Erscheinen — unmittelbar veranlaßt durch Postkarten, die eine fremde Körperschaft, nämlich der Bund Deutscher Gebrauchegraphiker, an seine Berliner Mitglieder verschickt hatte! — eine Mehrheit verschafft, die keineswegs ihrem Anteil an der gesamten Mitgliederzahl entsprach.

Der Vorstand hatte also nicht nur erlebt, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit seiner drei Angehörigen angezweifelt wurde, sondern auch, daß eine Zufallsmehrheit ihn und den Ausschuss überstimmte, womit die Möglichkeit erwiesen war, daß die Geschicke des Gesamtvereins einmal einer geschlossen auftretenden Minderheit ausgeliefert sein könnten. Diese Erkenntnis hätte in jedem andern Fall zum Rücktritt des Vorstandes und auch des Ausschusses führen müssen. Der Vorstand durfte aber an dieser Lösung angesichts der bevorstehenden, von ihm selbst beantragten Untersuchung nicht denken und entschloß sich deshalb, deren Ergebnis abzuwarten und in der Zwischenzeit wenigstens die dringendsten laufenden Vereinsgeschäfte weiterzuführen.

Die gründliche Arbeit des Untersuchungsausschusses fand ihr Ende am 13. April durch einen Schlußbericht, den wir heute im ungekürzten Wortlaut unsern Mitgliedern unterbreiten.